



## Regierungsratsbeschluss vom 30. September 2014

Personenfreizügigkeit und Zuwanderung: Massnahmen zur Missbrauchsbe-  
kämpfung; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

**P141027**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Migration.

### **Begründung**

Der Regierungsrat begrüsst und unterstützt in seiner Vernehmlassung die Bestrebungen des Bundesrates, den missbräuchlichen Bezug von Sozialleistungen als Folge der Personenfreizügigkeit und der Zuwanderung zu bekämpfen. Allerdings dürften die vom Bundesrat vorgeschlagenen Regelungen im Bereich der Sozialhilfe die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Bund und den Kantonen verletzen. Der Kanton Basel-Stadt vollzieht in eigener Kompetenz die Sozialhilfe bereits so, dass missbräuchlicher Bezug wegen der Personenfreizügigkeit nicht möglich ist.

